

FRÜHJAHRSKONFERENZ

vom 1. bis 2. Juni 2016



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss der Ministerinnen und Minister

TOP I.18: **Zweites Mietrechtspaket - konsequente Fortführung der Mietrechtsreform für ein soziales Mietrecht mit Augenmaß**

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen

1. Das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung vom 21. April 2015 (Mietrechtsnovellierungsgesetz) zielt darauf, dass exorbitante Mietsteigerungen in prosperierenden Ballungszentren abgebremst werden. Die Justizministerinnen und Justizminister sprechen sich dafür aus, dass es daneben weiterer Weichenstellungen bedarf, um die Qualität und Bezahlbarkeit des Wohnens nachhaltig zu gewährleisten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister befürworten die Initiative des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, die durch das Mietrechtsnovellierungsgesetz begonnene Mietrechtsreform konsequent fortzuschreiben.